

ZVEI • Postfach 70 12 61 • 60591 Frankfurt am Main

An die  
Abgeordneten des  
Landtags Schleswig-Holstein

Per E-Mail

26. August 2004  
APT/KAP

### **Digital Radio**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Unverständnis haben wir den Medien entnommen, dass der Landtag Schleswig-Holstein auf Antrag von SPD und Grüne auf ein Moratorium bei Investitionen zum Ausbau des Digitalen Hörfunks (DAB) hinwirken soll. Dies wäre geradezu ein weiterer Beitrag dazu, dass Deutschland noch stärker bei der Einführung digitaler Technologien hinter der allgemeinen europäischen und globalen Entwicklung zurückfällt. Ein Moratorium setzt die falschen Zeichen.

Die bisherigen Anstrengungen von Politik, Programmveranstaltern, Sendernetzbetreibern und Industrie zielen eindeutig auf eine Unterstützung der Einführung digitaler Technologien ab. Nachweislich ist DAB für Mehrwertdienste, insbesondere für Telematikdienste (dynamische Verkehrsinformationen, Navigationsdienste etc.) der geeignete Standard, da DAB-Frequenzen mittlerweile nahezu bundesweit verfügbar sind, und zudem in sehr ausbreitungsgünstigen Spektrumsbereichen liegen. Noch bestehende Lücken sollten schnellstens geschlossen werden.

Mit entsprechenden Diensten, insbesondere Mehrwertdiensten, könnte DAB zum Erfolg geführt werden, wenn nur die regulatorischen Voraussetzungen geschaffen würden, die Investitions- und Planungssicherheit ausstrahlen. Dies sollte die politische Zielsetzung sein und nicht ein Moratorium, dass die Innovationsneigung noch weiter sinken und die Planungssicherheit völlig umkehrt.

Mit Schreiben vom 30.04. diesen Jahres an sämtliche relevante Staatsministerien haben wir bereits unsere Sorge zum Ausdruck gebracht, dass der Ausbau und der parallele Betrieb des DAB-Sendernetzes nicht den beabsichtigten Sparmaßnahmen zum Opfer fallen darf. Unterstützung fanden wir auf breiter Front.

Wir gehen davon aus, dass auch Sie die begonnene Entwicklung der Digitalisierung des Radios nicht behindern werden.

Gerne stehen wir Ihnen und Ihren Kollegen für erläuternde Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Alexander Pett

# ZENTRALVERBAND ELEKTROTECHNIK- UND ELEKTRONIKINDUSTRIE

Frau Ulrike Wolff-Gebhardt  
Chefin der Staatskanzlei  
des Landes Schleswig-Holstein  
Düsternsbrooker Weg 64

24105 Kiel

30. April 2004

## Digital Radio

Sehr geehrte Frau Wolff-Gebhardt,

mit Besorgnis entnehmen der ZVEI und die von ihm vertretenen Firmen den Medien, dass in der Diskussion über die Erhöhung der Gebühren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Zukunft des Digitalen Radios (DAB) in Frage gestellt wird. Offenbar gibt es Überlegungen einzelner ARD-Anstalten, zu den von Bundesländern geforderten Sparmaßnahmen durch eine Streichung der seit 1997 für den Ausbau und den parallelen Betrieb des DAB-Sendernetzes eingestellten Mittel von rund 2(!) Cent der Monatsgebühr beizutragen.

Ein Ausstieg der Mitglieder der ARD, zu deren satzungsmäßigen Aufgaben die inhaltliche wie technische Weiterentwicklung des Rundfunks gehört, würde nicht nur die für die Weiterentwicklung der bestehenden wie für neue Dienste notwendige Digitalisierung des Radios massiv beeinträchtigen. Er stünde auch in direktem Widerspruch zu allen Einführungsszenarien, die unter anderem in der „Initiative Digitaler Rundfunk“ von Bund, Ländern und allen interessierten Institutionen und Verbänden erarbeitet wurden. Für viele Nutzer erlebbar, würde sich Deutschland rundfunkpolitisch im europäischen und internationalen Umfeld isolieren.

Auf Grundlage der gemeinsam von der Politik, den Programmveranstaltern und der Industrie getragener Beschlüsse haben unsere am digitale Rundfunk beteiligten Mitgliedsfirmen Investitionen in erheblicher Größenordnung getätigt. Nicht nur in unserer Industrie sind zahlreiche mittelfristige Planungen zum Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen mit dieser Innovation verknüpft. Bereits heute ermöglicht Digitalradio eine breite Palette an innovativen Dienstangeboten für Medien, intelligente Mobilität und öffentliches Leben, die bei einer bundesweiten Verfügbarkeit erheblich zu Wachstum und Beschäftigung in Deutschland beitragen werden. Durch die laufenden Diskussionen wird die hierfür notwendige Planungssicherheit erneut gefährdet.

Nach übereinstimmender Meinung aller Fachleute kann der Hörrundfunk in der vollständig digitalisierten Kommunikations- und Informationswelt nicht als einziges Massenmedium analog bleiben, ohne seine kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung zu gefährden. Alternativen zu den fertig entwickelten und international standardisierten Technologien von DAB - und DRM zur künftigen Ablösung von Mittelwellenradio - sind dabei nicht in Sicht. Auch das digitale Fernsehen ist kein Ersatz für „das Radio“.

Der Umstieg von analogem zu digitalem Radio ist eine nur von Politik und Wirtschaft gemeinsam zu lösende nationale Infrastrukturaufgabe. Die durch die Umstellung verursachten zusätzlichen Aufgaben wie der mehrjährige parallele Betrieb von analogen und digitalen Sendernetzen stellen sich dabei unabhängig vom Zeitpunkt der Umstellung und von der eingesetzten Technologie. Eine spätere Umstellung würde allerdings die derzeit noch vorhandenen internationalen Wettbewerbsvorteile Deutschlands beeinträchtigen.

Der Innovationsmotor Digitalisierung darf unseres Erachtens nicht in der Startphase „abgewürgt“ werden. Notwendig sind vielmehr klare politische Vorgaben, welche für die digitale Migration wichtigen Angebote und Leistungen von den Rundfunkanstalten bereitzustellen sind. Auch künftig müssen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Lage sein, neuen Programmangeboten und innovativen Diensten mit einer zukunftsfähigen Verbreitungsform den Markt zu öffnen.

Der ZVEI und seine beteiligten Mitgliedsfirmen sind gerne bereit, die begonnene Entwicklung der Digitalisierung des Radios weiter tatkräftig zu unterstützen. Gerne stehen wir Ihnen und Ihren Fachleuten für vertiefende Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Gotthard Graß

Hauptgeschäftsführer des ZVEI

Hans-Joachim Kamp

Vorsitzender des Fachverbandes  
Consumer Electronics im ZVEI

**Anlagen**

## **Anlage 1**

### **Kernaussagen der Politik zu Digital Radio:**

#### **Digitaler Rundfunk in Deutschland, Startscenario 2000 (BMWA)**

- „DAB – die digitale Plattform der Zukunft für Hörfunk und Datendienste – ist eine europäische Entwicklung, die inzwischen weltweite Bedeutung erlangt hat.“
- Die Initiative Digitaler Rundfunk (IDR) empfiehlt daher, den flächendeckende Ausbau der DAB-Netze zügig fortzusetzen und ab sofort vermehrt Mehrnormgeräte zum Empfang von DAB- und UKW-Programmen auf den Markt zu bringen.
- Die IDR empfiehlt, durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten zu erreichen, dass im Jahr 2010 die weit überwiegend Mehrzahl der Hörer digitales Radio nutzt.

#### **Protokoll der Ministerpräsidenten (15.06.00)**

- (die Einführung des digitalen Fernsehens) „darf jedoch weder den begonnenen DAB-Regelbetrieb noch die erforderlichen Entwicklungsoptionen für DAB behindern bzw. einschränken.“

#### **Sachstandsbericht Digital Radio in Deutschland (BMWA; 14.06.02)**

- „Das analoge UKW-System ist ausgereizt und von seiner Systemtechnik am Ende der Entwicklungsmöglichkeiten. Die Systemkosten sind unverhältnismäßig hoch.“
- „Mit den eingeschränkten Möglichkeiten von UKW verliert das Medium Radio an Bedeutung gegenüber den übrigen Medienangeboten, die mit digitaler Technik neue Angebote hervorbringen und in den Wettbewerb zur Radionutzung treten.“
- „Programminnovationen ... geben der Gattung Radio als ganzes Entwicklungsraum, um im intermediären Wettbewerb auf Dauer zu bestehen.“

#### **Deutsch-Französische Wachstumsinitiative (Bundesregierung, Okt. 2003)**

- „1.) Ausbau des terrestrischen digitalen Hörfunks und Fernsehens“

#### **Telekommunikationsgesetzes (Novelle TKG, 12.03.04)**

- § 61, Abs. 5 „ Die Regulierungsbehörde soll Frequenzuteilungen ... für den UKW-Hörfunk bis spätestens 2015 widerrufen.“

## **Anlage 2 (Adressverteiler)**

Bayerische Staatskanzlei  
Herr Staatsminister Erwin Huber  
Postfach 22 00 11  
80535 München

Sächsische Staatskanzlei  
Herr Staatsminister Stanislaw Tillich  
Archivstraße 1  
01097 Dresden

Niedersächsische Staatskanzlei  
Chef der Staatskanzlei  
Frau Dr. Gabriele Wurzel  
Planckstraße 2  
30169 Hannover

Senatskanzlei Berlin  
Chef der Senatskanzlei  
Herr Staatssekretär André Schmitz  
Berliner Rathaus  
10173 Berlin

Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen  
Chef der Senatskanzlei  
Herr Prof. Dr. Reinhard Hoffmann  
Rathaus  
28195 Bremen

Senatskanzlei der Freien und Hansastadt  
Hamburg  
Chef der Senatskanzlei  
Herr Dr. Volkmar Schön  
Rathausmarkt  
20095 Hamburg

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt  
Herr Rainer Robra  
Domplatz 4  
39104 Magdeburg

Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein  
Chef der Staatskanzlei  
Frau Ulrike Wolff-Gebhardt  
Düsternbrooker Weg 64  
24105 Kiel

Staatskanzlei Erfurt  
Chef der Staatskanzlei  
Herr Minister Jürgen Gnauck  
Postfach 9 97  
99021 Erfurt

Staatskanzlei NRW  
Chef der Staatskanzlei  
Herr Wolfram Kuschke  
Stadtter 1  
40190 Düsseldorf

Staatskanzlei Potsdam  
Chef der Staatskanzlei  
Herr Staatssekretär Rainer Speer  
Postfach 60 10 51  
14410 Potsdam

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz  
Chef der Staatskanzlei  
Herr Martin Stadelmaier  
Peter-Altmeier-Allee 1  
55116 Mainz

Staatskanzlei Saarbrücken  
Chef der Staatskanzlei  
Herr Staatssekretär Karl Rauber  
Postfach 10 24 31  
66024 Saarbrücken

Staatskanzlei Schwerin  
Chef der Staatskanzlei  
Herr Dr. Frank Tidick  
Schloßstraße 2-4  
19053 Schwerin

Staatskanzlei Wiesbaden  
Chef der Staatskanzlei  
Herr Stefan Grüttner  
Bierstadter Str. 2  
65189 Wiesbaden

Staatsministerium Baden-Württemberg  
Chef des Staatsministeriums  
Herr Staatssekretär Rudolf Böhmler  
Richard-Wagner-Straße 15  
70184 Stuttgart